

Wie nachhaltig ist die Ampel?

BUND Rheinland-Pfalz sieht Licht und Schatten bei den „Zukunfts-Zielen“ der neuen Landesregierung

Am 18.5.2021 konstituierten sich der neue Landtag und die neue Landesregierung. Die Arbeit der neuen Landesregierung basiert auf dem als „Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz“ bezeichneten Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und FDP, die ihr Bündnis als „Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen“ bezeichnen. Der BUND Rheinland-Pfalz wirft einen kritischen Blick auf den Koalitionsvertrag.

Die Landesdelegiertenversammlung des BUND Rheinland-Pfalz stellt fest:

Um die aktuellen Krisen (Klimakrise, Artensterben, wachsende soziale Schere) zu bewältigen, benötigen wir einen sozial-ökologischen Wandel und eine Abkehr vom Paradigma des Wirtschaftswachstums. Es sind im Koalitionsvertrag zwar Ansätze in diese Richtung zu erkennen, aber insbesondere an der raschen Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums wird weiterhin festgehalten.

Wir begrüßen, dass die Koalitionäre die Bedeutung der Klimakrise erkennen und sich zum 1,5-Grad-Ziel des Klima-Abkommens von Paris bekennen. Wir vermissen dieselbe Erkenntnis und Handlungsbereitschaft für die Biodiversitätskrise, die ebenfalls zu den gravierendsten Menschheitsbedrohungen gezählt werden muss.

Der BUND Rheinland-Pfalz fordert insbesondere:

- 1) Strategien zu einem Monitoring der festgelegten Ziele der 1,5-Grad-gerechten Reduzierung der Treibhausgase in allen Sektoren
- 2) Eine Beachtung der ökologischen „Leitplanken“ beim Ausbau der Erneuerbaren Energien
- 3) Eine Ausdehnung der Solarpflicht auf alle geeigneten Dächer
- 4) Ein ambitioniertes Programm zur Energieeinsparung
- 5) Eine klare Priorität des Einsatzes der Steuermittel für die ökosoziale Verkehrswende statt für weiteren Straßenausbau
- 6) Eine Zusammenführung aller Abteilungen im Bereich Mobilität in ein Ministerium
- 7) Eine deutliche Aufwertung des Biodiversitätsschutzes als Querschnittsaufgabe
- 8) Initiierung eines neuen Dialogprozesses der Landwirtschaft mit dem Naturschutz
- 9) Eine Konkretisierung der Biodiversitätsstrategie und des Gewässerschutzes
- 10) Entwicklung von Städten und Dörfern zu lebenswerten Sozialräumen und Orten der biologischen Vielfalt
- 11) Eine Überprüfung aller Subventionen des Landes auf ihre Auswirkungen auf die ökologische und soziale Nachhaltigkeit

Zu den einzelnen Themenbereichen stellt der BUND Rheinland-Pfalz fest:

Klimaschutz

Wir begrüßen, dass Klimaschutz Querschnittsaufgabe der gesamten Landesregierung werden soll. Dieser Schritt war längst überfällig. Ein weiterer wichtiger Schritt ist, dass ein wissenschaftlich basiertes Treibhausgasbudget entwickelt und dass für den Ausstoß von Treibhausgasen Sektorziele festgelegt werden sollen. Dies muss zügig und für die einzelnen Sektoren verbindlich umgesetzt werden. Es müssen in allen Ressorts Strategien und Monitorings entwickelt werden, die geeignet sind, die Sektorziele nicht zu überschreiten.

Das Erreichen der Klimaziele wird im Energiebereich nur durch das Zusammenspiel eines zügigen Ausbaus der Erneuerbaren Energien und der deutlichen Senkung der Energieverbräuche gelingen. Beim

Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen ökologische Leitplanken beachtet werden. Vor diesem Hintergrund ist der Ausbau der Wind- und der Solarenergie besonders entscheidend. Es ist deshalb unverständlich, weshalb die Solarpflicht lediglich für Gewerboneubauten und große Parkplätze gelten soll und nicht grundsätzlich für alle Neu- und Umbauten. Der Bereich der Energieeinsparung fällt insgesamt dünn aus. Hier muss nachgebessert werden. Substantielle Einsparungen sind unseres Erachtens nur dann möglich, wenn wir das Ziel des immer weiteren Wirtschaftswachstums aufgeben.

Im Bereich der Mobilität begrüßen wir die geplante Stärkung und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Fahrradmobilität. Dieser Bereich wird aber durch das Festhalten an alter Straßen(aus)bau-Politik konterkariert. Es ist dringend erforderlich motorisierten Individualverkehr und Güterverkehr auf den ÖPNV bzw. die Schiene zu bringen. Dies kann nur gelingen, wenn jetzt alle Energien und Geldmittel dafür eingesetzt werden und das ohnehin schon sehr dichte Straßennetz in Rheinland-Pfalz nicht noch weiter ausgebaut wird. Die Aufteilung der Bereiche Straßenbau und ÖPNV geht deshalb in die völlig falsche Richtung.

Schutz der biologischen Vielfalt

Um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen, müssen ähnlich große Anstrengungen gemacht werden, wie für den Klimaschutz. Deshalb kritisieren wir scharf, dass der Biodiversitätsschutz nicht ebenfalls zu einer Querschnittsaufgabe der Landesregierung gemacht wird. Zumal viele Bereiche, die nicht im Umweltministerium verortet sind, einen erheblichen Einfluss auf die Biodiversität haben – wie etwa Landwirtschaft und Landesplanung. Wir bedauern, dass nicht zumindest die Landwirtschaft wieder dem Umweltministerium zugeordnet wurde. Um im Biodiversitätsschutz dennoch voranzukommen, fordern wir die Landesregierung auf, einen Dialogprozess mit Landwirtschaft und Naturschutz auf Augenhöhe zu organisieren. In diesem müssen an Rheinland-Pfalz angepasste Maßnahmen entwickelt werden, die zu einer Verbesserung der Biodiversität führen und Landwirt*innen angemessenes Einkommen sichern. Das Land kann hierbei an den von den Naturschutz- und Bauernverbänden initiierten Dialog (siehe „Schulterschluss Artenvielfalt“) anknüpfen und auf die Erfahrungen anderer Bundesländer (z. B. Niedersachsen, Baden-Württemberg) zurückgreifen.

Wir begrüßen, dass unser Vorschlag zur Einrichtung von Naturschutzstationen im Koalitionsvertrag aufgegriffen wurde. Wir werden den Einrichtungsprozess intensiv begleiten, da ein Erfolg stark davon abhängt, wie die Struktur und Ausstattung der Stationen sein wird. Darüber hinaus fordern wir weiterhin mehr Personal in den Naturschutzbehörden. Die im Koalitionsvertrag angekündigte „Erstellung einer IT-Strategie in der Naturschutzverwaltung“ reicht nicht aus, um die Behörden in die Lage zu versetzen, alle erforderlichen Aufgaben adäquat zu bearbeiten.

Ein wichtiges Instrument für den Naturschutz ist die Biodiversitätsstrategie. Wir begrüßen, dass die Aktion Grün fortgesetzt werden soll und dass die Biodiversitätsstrategie weiterentwickelt werden soll. Allerdings vermissen wir hierzu Konkretisierungen. Um die Wirksamkeit zu erhöhen, müssen konkretere Ziele und Indikatoren zu ihrer Messung festgelegt werden. Außerdem muss die Strategie von allen Ressorts getragen und umgesetzt werden.

Zum Schutz der Biodiversität und unserer Lebensgrundlagen ist der Grundwasser- und Gewässerschutz von zentraler Bedeutung. Wir begrüßen die Beibehaltung der Aktion Blau Plus und die Einführung des Wassercentis auch für die Landwirtschaft, fordern aber eine Evaluierung der weiterhin bestehenden Ausnahmen und ggf. eine Anpassung der Regelung. Im Grundwasserschutz sollte noch ein größeres Augenmerk auf die Belastungen mit persistenten Chemikalien gelegt werden.

Ressourcenschonendes, gutes Leben für alle

Zur Begrenzung des Klimawandels und zum Umgang mit anderen Herausforderungen setzt die Koalition weitgehend auf technologische Lösungen und Wirtschaftswachstum. Auch Wohlstand wird eng mit wirtschaftlichem Wachstum verbunden. Bedeutendere Indikatoren des Gemeinwohls und der Lebensqualität werden nicht genannt. Wir begrüßen, dass dennoch einige Säulen eines sozial-

ökologischen Wandels im Vertrag Erwähnung finden, und fordern, dass darauf konkrete Ziele und Maßnahmen folgen. Beispielhaft seien Fortschritte in der Mobilitätswende, die Würdigung zivilgesellschaftlicher Initiativen zur Verringerung von Lebensmittelverschwendung, offene Werkstätten sowie eine höhere Recyclingquote genannt. Auch begrüßen wir, dass die Koalitionspartner sich für das „Prinzip 'Reparieren statt Wegwerfen' einsetzen" möchten. Es reicht aber nicht, zivilgesellschaftliche Initiativen hervorzuheben. Aufgabe der Landesregierung ist es, die Rahmenbedingungen entsprechend zu setzen. Daher appellieren wir an die Unterzeichner*innen des Koalitionsvertrags, ehrgeizige Zielgrößen und wirksame, sozial-ökologische Maßnahmen folgen zu lassen sowie suffizienzpolitische Anreize flächendeckend einzusetzen. Kommunen könnten neben im Vertrag genannten Maßnahmen u.a. bei öffentlichen Obstbäumen, dem Verleih von Lasten Fahrrädern und Fahrradanhängern sowie Tauschinitiativen unterstützt werden. Die Vertragspartner sollten sich außerdem im Bundesrat für eine lückenlose Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschutz einsetzen, beispielsweise mit Handypfand und verringerter Mehrwertsteuer auf Reparaturen - außerdem für gesetzliche Regelungen gegen einen kalkulierten Produktverschleiß und für ein Recht auf Reparatur. Über alle Sektoren hinweg, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Ernährung und Mobilität, dürfen Klimaschutz und Ressourcenschonung keine Privilegien sein, sondern müssen für alle bezahlbar und erreichbar sein.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung lebenswerte Innenstädte und Dorfkerne gestalten möchte und hierzu auf weniger Verkehrslärm und mehr Grünflächen setzt. Auch hier müssen ambitionierte Ziele gesteckt und wirksame Maßnahmen umgesetzt werden, damit Städte und Dörfer für Mensch und Natur zu vielfältigen Wohn- und Lebensräumen entwickelt werden.

Weiterhin sollten alle Subventionen des Landes auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden. Ökologisch oder sozial schädliche Ausgaben müssen eingestellt werden. Wir begrüßen, dass das Thema „Faire Vergabe und Beschaffung“ und die Stärkung des Landestariftreuegesetzes im Koalitionsvertrag behandelt werden. Es müssen nun zügig verbindliche ökologische und soziale Kriterien für das staatliche Beschaffungswesen und die Vergabe festgelegt werden. Eine landesweite Service- und Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung sollte eingerichtet werden, um die Vergabestellen zu beraten, zu schulen und zu unterstützen.